



**JUNGE  
EUROPÄISCHE  
FÖDERALISTEN  
THÜRINGEN**

## Landesversammlung 2017

### — Antragsbuch —

Antragsbereich **P** Programmatik

Antragsbereich **Q** Organisatorisches

Antragsbereich **R** Regularien

Antragsbereich **S** Satzungsänderungen

Stand: 13. November 2017

# Inhaltsverzeichnis

1	Inhaltsverzeichnis .....	2
2	<b>P 1</b> .....	1
3	<b>P 2</b> .....	3
4	Steuerflucht und Steuervermeidung europäisch bekämpfen .....	3



# P1

## Europa entdecken – mit subventionierten Unterkünften in EU-Partnerstädten

Antragsteller: JEF Erfurt

*Die Landesversammlung hat beschlossen:*

4 Wir sind uns einig: Die Europäische Union ist mitnichten nur ein Projekt für die Zu-  
 5 kunft, Sie muss auch ein Projekt mit Zukunft sein – als wirksame Friedensinstanz, als  
 6 starker Wirtschaftsraum sowie als gemeinschaftlicher Kulturraum, in dem Bürger  
 7 aller Mitgliedsstaaten zusammenarbeiten, sich austauschen, sich wechselseitig in-  
 8 spirieren und solidarisch untereinander sind. Um eine solche Solidarität zu generie-  
 9 ren und junge Menschen für den so wichtigen Gedanken der Vereinigung und Ein-  
 10 heit zu begeistern, ist es unerlässlich, sie diesen auch praktisch erleben zu lassen.  
 11 Schließlich ist es das Fundament jeder stabilen Beziehung, miteinander statt bloß  
 12 übereinander zu reden. Ebenjener Idee folgen auch die Einrichtung und der Ausbau  
 13 von Städtepartnerschaften. Wollen wir also Europa nachhaltig stärken, so müssen  
 14 wir sowohl diese um weitere Punkte ergänzen als auch der nächsten Generation  
 15 von Politikern und Wählern den das Reisen innerhalb der EU und damit den inter-  
 16 nationalen Kontakt erleichtern. Das ERASMUSplus-Programm leistet hierzu bereits  
 17 einen entscheidenden Beitrag – doch will bei Weitem nicht jeder gleich ein ganzes  
 18 Semester oder Jahr im Ausland verbringen. Zudem machen es Sprachbarrieren für  
 19 so manchen unmöglich, außerhalb des eigenen Landes eine Schule oder Hochschule  
 20 zu besuchen, ohne inhaltliche Abstriche machen zu müssen. Für die große Gruppe  
 21 junger Leute, die lieber individuell in den Ferien unterwegs sind, bietet die Europäi-  
 22 sche Union bisher nicht viel. Das soll und muss sich ändern. Deshalb bringt der JEF-  
 23 Landesverband Thüringen hiermit diesen Vorschlag ein:

- 24 a) Dreißig Prozent der Unterkunftskosten für Reisende werden durch zweck-  
 25 gebundene Gelder der Europäischen Union bezahlt. Das Angebot ist nur für  
 26 EU-Bürger und nur bis zum vollendeten 25. Lebensjahr gültig. Die das Ange-  
 27 bot in Anspruch nehmende Person ist daher dazu verpflichtet, vor Ort eine  
 28 Personalausweiskopie abzugeben sowie einen Nachweis darüber, dass sie  
 29 entweder
  - 30 a) in einem Partnerort des Reiseziels innerhalb der EU gegenwärtig als  
 31 Einwohner\*in gemeldet ist.
  - 32 oder
  - 33 b) in einem Partnerort des Reiseziels innerhalb der EU gegenwärtig die  
 34 Schule, eine Berufsausbildung und/oder ein Hochschulstudium ab-  
 35 solved.

36 Für die Unterkunft gelten die nachfolgenden Bedingungen, über deren Erfüllung  
 37 ebenfalls ein Nachweis erbracht werden muss, sofern die zweckgebundenen EU-  
 38 Mittel bewilligt und ausgezahlt werden sollen. Dieser ist dem Antrag hierauf ge-  
 39 meinsam mit den beim Check-In erhaltenen Unterlagen des Gastes beizufügen:

- 40 c) Die Unterkunft ist gegenwärtig in einer der Kategorien 1 und 2  
 41 (nach dem Sterne-Bewertungssystem) zuzuordnen. Die Kategorien  
 42 3 bis 5 erhalten keine finanzielle Unterstützung. [Finnland besitzt  
 43 trotz seiner EU-Mitgliedschaft bisher keine solche Klassifizierung.  
 44 Dort sollte dementsprechend die Regelung gelten, dass ähnlich wie  
 45 in Absatz „d)“ bemerkt, ein Nachweis darüber erbracht werden  
 46 muss, dass das die Unterkunft sich dem durchschnittlichen Preisni-  
 47 veau ihrer Kommune anpasst und den Mittelwert um höchstens 7,5

1 Prozent überschreitet. Diese Maßnahme dient einerseits der Ver-  
2 hinderung von Wettbewerbsverzerrungen, andererseits aber auch  
3 der Begrenzung der möglichen Kosten seitens der Europäischen  
4 Union.]

- 5 d) Die durch die Unterkunft angebotenen Preise pro Übernachtung  
6 müssen sich am örtlichen Markt orientieren. Sie dürfen um maxi-  
7 mal 5 Prozent von dem Durchschnitt abweichen, welcher sich aus  
8 allen gegenwärtigen (d.h. saisonalen) gleichwertigen Angeboten  
9 der Unterkünfte innerhalb derselben Kommune und Kategorie be-  
10 rechnet. Als Nachweis gilt beispielsweise eine vollständige Auflis-  
11 tung dieser unter zusätzlicher Angabe des eigenen Angebotes, wel-  
12 ches durch den betreffenden Gast genutzt wurde.

13  
14 Der vorliegende Antrag beinhaltet in der der Konsequenz zahlreiche Vorteile für alle  
15 Beteiligten, denn:

- 16 - Junge Europäer erhalten die Möglichkeit, um fast ein Drittel preiswerter  
17 Unterkünfte innerhalb der EU zu buchen. Sie sind dadurch insgesamt flexib-  
18 ler, da sie auch mit ihrem typischerweise begrenzten Budget erstens ferner  
19 verreisen und zweitens potenziell mehr Geld in anderweitige Freizeitaktivi-  
20 tätäten vor Ort investieren können. Damit stehen ihnen auf gleich zwei ver-  
21 schiedene Arten deutlich mehr Möglichkeiten zur internationalen Kontakt-  
22 aufnahme sowie zur Teilnahme am ortstypischen kulturellen Leben offen.  
23 - Anbieter von örtlichen Unterkünften profitieren ebenfalls, da die Subventi-  
24 onierung durch die EU nicht nur eine Steigerung der Gästezahlen und damit  
25 finanzielle Gewinne nach sich zöge, sondern zudem (durch das oben defi-  
26 nierte Prozentsystem) die Fairness im kommunalen Wettbewerb gewahrt  
27 bliebe. Hinzu kämen potenzielle Einmietungen von Organisatoren europä-  
28 politisch-bildender Veranstaltungen, welche dort ihre Zielgruppe kon-  
29 zentriert vorfinden könnten.  
30 - Die Kommunen bekämen die Möglichkeit, die ausgebaute Städtepartner-  
31 schaft in wirtschaftliche Beziehungen umzusetzen. Doch nicht nur das: Sie  
32 hätten durch die zunehmende Zahl an Touristen außerdem höhere Steuer-  
33 einnahmen und ein allgemeines Wirtschaftswachstum zu verbuchen. Durch  
34 die Bindung an Partnerorte innerhalb der Europäischen Union käme dies  
35 vor allem kleineren bis mittelgroßen Gemeinden zugute, welche sonst viel-  
36 leicht keine zentralen Anlaufpunkte für ausländische Besucher wären. Even-  
37 tuell gibt es infolge ihres Besuchs in einem solchen Ort sogar Leute, die eine  
38 längerfristige touristische Bindung oder gar eine Umsiedelung an bzw. in je-  
39 nen in Betracht zögen. Auch das brächte Einnahmen mit sich.  
40 - Die EU würde mit diesem Projekt – wie einfürend erklärt – massive Eigen-  
41 werbung betreiben und gleichzeitig jungen Menschen einen maßgeblich fle-  
42 xibleren, individuelleren, preiswerteren und effizienteren Weg zur Erkun-  
43 dung des Kontinents aufzeigen als es beispielsweise bloß mit dem Interrail-  
44 Ticket jemals denkbar wäre. Durch eine solche Maßnahme könnte nicht nur  
45 das eine oder andere neue europapolitische Bildungszentrum entstehen,  
46 sondern eben auch eine Generation, die in der Zukunft, geprägt durch ihre  
47 vergangenen Erfahrungen, Europas Einheit stärkt und verteidigt, sich für  
48 Frieden und Völkerverständigung engagiert und für unsere Werte einsteht.



## Steuerflucht und Steuervermeidung europäisch bekämpfen

Antragsteller\*innen: JEF Erfurt

*Die Landesversammlung hat beschlossen:*

1 Steuerflucht und Steuervermeidung von Unternehmen und Privatpersonen in Eu-  
2ropa sind ein Problem, welches durch die nationalen Regierungen jahrelang aufge-  
3schoben und nicht mit dem nötigen Nachdruck angepackt wurde. Dabei zeigen die  
4Zahlen eindeutig, welchen volkswirtschaftlichen Schaden diese Praktiken anrichten:  
5Man geht von ca. 60 Milliarden Euro aus, die in der Europäischen Union jährlich  
6durch Steuerflucht der Allgemeinheit verloren gehen.

7 Die Veröffentlichung der so genannten „Paradise Papers“ hat, wie schon das so ge-  
8nannte „Lux Leaks“ und die „Panama Papers“, erneut diese Problematik in die Öff-  
9fentlichkeit gebracht. Die Europäische Union kann dem Thema nicht länger auswei-  
10chen, sondern muss handeln.

11 Zwar ist anzuerkennen, dass der Handlungsspielraum der Union begrenzt ist, da  
12 Steuerpolitik eine exklusive Kompetenz der Mitgliedsstaaten darstellt. Dennoch  
13 sind einige Schritte möglich, die aus unserer Sicht gegangen werden müssen.

14 Wir fordern daher, dass:

- 15 1. Die EU zeitnah eine „schwarze Liste“ anfertigt, auf der Staaten aufgelistet  
16 sind, gegen die steuerrechtliche Bedenken vorliegen oder die sich im Zuge  
17 eines Informationsaustausches unkooperativ verhalten.
- 18 2. Die EU sich für Sanktionen gegen Steueroasen einsetzt. Diese könnten zum  
19 Beispiel in der Einstellung von Hilfsprogrammen der Weltbank oder des IWF  
20 liegen.
- 21 3. Durch die Europäische Kommission und das Europäische Parlament Druck  
22 auf Mitgliedsstaaten der EU ausgeübt wird, ihre Steuergesetze so zu gestal-  
23 ten, dass „Steuertourismus“ innerhalb Europas nicht mehr möglich ist.

*Begründung:*

(erfolgt mündlich)